



SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

E/IK/210 - 17.9.1954

Hinweise
auf den Inhalt:

BONN, Friedrich-Ebert-Allee 170

Fernsprecher 21831-33

Fernschreiber 039890

Bilanz der John-Debatte	S. 1
Belgien nach dem EVG-Miasko	S. 3
von Merkatz auf Kreuzritterpfaden	S. 5
3 Millionen Rentner bleiben ausgeschlossen (der Rentnergesetzentwurf der Regierung)	S. 7

Reinigende Aussprache

sp - Die John-Schmidt-Wittmack-Debatte - durch Schuld der Koalition viel zu spät abgehalten - ist im Deutschen Bundestag vorüber. Formales Ergebnis: Der Antrag der SPD-Fraktion auf Einsetzung des Untersuchungs-Ausschusses wurde einstimmig angenommen; der Mißbilligungs-Antrag der Sozialdemokratie gegen den Bundesinnenminister wurde mit 223 gegen 128 Stimmen bei 50 Stimmenthaltungen abgelehnt.

Doch selbst schon diese Formalia ist ein erstmaliges politisches Ereignis in der Geschichte der Bundesrepublik, denn die übergoße Mehrheit der FDP-Fraktion hat es gewagt, Sand in das Getriebe der sonst so gut laufenden Koalitions-Abstimmungsmaschine zu werfen. 37 FDP-Abgeordnete, 10 Vertreter des BHE und zwei Abgeordnete der Deutschen Partei nebst dem Zentrums-Vertreter Brockmann enthielten sich der Stimme. Verübeln wir es diesen Abgeordneten nicht allzu sehr, dass sie sich nur zu einer halben Maßnahme, zur Stimmenthaltung, aufraffen konnten. Fünf Jahre in der strengen und so grundfalschen Zucht unter der Devise "die Regierung hat immer recht" zu leben, geht an niemandem spurlos vorüber. Die Sozialdemokratie frohlockt nicht, weil es ihr gelang, in dieser Abstimmung die Koalition wenigstens teilweise aufzubrechen, sondern sie begrüßt dieses Abstimmungsergebnis, weil die "Ausbrecher" dem Ansehen des Parlaments und der Demokratie einen Dienst erwiesen haben.

Mehr noch aber hat diese Debatte ergeben, was schwer wiegt in diesen Tagen. Nach dem jahrelangen gehässigen, zernürenden und unterirdischen Kampf gegen die Widerstandskämpfer hat der Bundestag inman kann es so nennen- feierlicher Form sich zu diesem Widerstand bekannt und herausgestellt, was ist, nämlich, dass der Nationalsozialismus der größte Feind des deutschen Volkes war. Wünschen wir uns nicht - abgesehen von einigen wenigen öffentlichen Provokationen - nicht alle Abgeordneten haben Jacob Kaiser und Adolf Arnst, als sie zu diesem Thema sprachen, aus ehrlichem Herzen Beifall gespendet. Aber allein die Tatsache, dass diese Minderheit in der Koalition es nicht wagte, sich offen auszuschließen, zeigt zum Glück, dass wir "noch nicht wieder so weit sind".

Doch nun zum Negativen dieser zehnstündigen Debatte. Die kläglichste Rolle spielte unumstritten Bundesinnenminister Dr. Gerhard Schröder, der nach dieser Abstimmung nicht mehr die gesetzliche absolute Mehrheit des Bundestages hinter sich hat. Im Grunde genommen hat sich doch für die Maßnahmen des Bundesinnenministers, wenn man von den vielen Entschuldigungen und Beschönigungen absieht, ernsthaft nicht eine Hand erhoben. Jeder Sprecher der Koalitionsparteien mußte erklären, dass er in diesem oder jenem Punkte eine andere Auffassung als Dr. Schröder vertrete.

Ob allerdings Dr. Schröder daraus die Konsequenzen ziehen wird, kann man mit Fug und Recht nach dieser Debatte bezweifeln. Wie kleinlich wirkte es doch, alles zu verniedlichen und zu vertuschen und mit Starrsinn auch die offenkundig falschen Maßnahmen zu verteidigen. Ein Eingeständnis der Schuld hätte in diesem Falle dem Bundesinnenminister weit eher Sympathie und Achtung eingebracht. Aber nicht nur das, anstatt an die eigene Brust zu schlagen, versuchte der junge Mann des Kabinetts auch noch den Spieß umzudrehen und andere zu verdächtigen. Sein "Vertraulichkeits-Komplex" war schließlich das Letzte, und auch selbst das stammt noch nicht einmal aus der eigenen Küche, sondern ist beim Bundeskanzler abgesehen worden.

Und trotzdem haben 223 Abgeordnete, vor allem der CDU/CSU, diesem Manne mit dem Stimmzettel ihr Vertrauen ausgesprochen. Sie haben damit das 500.000,- DM-Preisausschreiben gebilligt, sie haben sich damit mit der skandalösen Note an die Alliierten einverstanden erklärt und diese Abgeordneten tragen jetzt auch die Verantwortung dafür, dass das deutsche Volk vom Bundesinnenminister anlässlich der Flucht Johns düpiert und wochenlang im Unklaren gelassen wurde.

Das Thema Verfassungsschutz in einem Staat ist sicherlich ernst genug, dass es von allen Kräften - Regierung und Opposition - gemeinsam behandelt werden sollte. An Deklarationen der Koalition zu dieser Gemeinsamkeit hat es in den 10 Stunden Debatte wahrlich nicht gefehlt. Leider aber sind diesen wortreichen Appellen bisher keine Taten gefolgt, und die erste Tat wäre gewesen, von dem Verhalten des Bundesinnenministers abzurücken, abzurücken auch von den Verleumdungen der Sozialdemokratie und der Haltung des Bundeskanzlers, der nur wenige, aber dafür umso verhängnisvollere Worte in der Debatte sprach.

Und ein letztes Wort an die Freien Demokraten. Es ist unbestritten, dass Dr. Reinhold Maier seine Rede aus tiefem Verantwortungsbe-wußtsein um das Schicksal der Demokratie gehalten hat. Es ist aber kein gutes Zeichen für diese Demokratie, wenn nachher der Fraktions-Vorsitzende von dieser Rede abrückt. Dr. Dehler hat damit weder sich noch der Demokratie in Deutschland einen Dienst erwiesen.

Die Debatte mag in einzelnen Teilen nicht so geführt worden sein, wie man sich es wünschte. Insgesamt aber kann man sagen, sie war nützlich und gut und hat reinigend gewirkt. Die Konsequenzen zu ziehen, obliegt nun der Bundesregierung.

Brüssel zwischen den Schlachten

pt - Brüssel

Es wäre zuviel gesagt, zu behaupten, dass Brüssel oder die belgischen Parteien das Scheitern der EVG-Konferenz und das verschämte Begräbnis der EVG durch die Vertagung im Pariser Parlament sehr ernst genommen hätten. Wer innerhalb der politischen Kreise herumhören konnte, bekam manchen Seufzer der Erleichterung zu hören. Sogar von Spaak wird berichtet, gesagt zu haben, dass man nun endlich versuchen könne, wieder eine außenpolitisch einheitliche, geschlossene Stellungnahme innerhalb der Parteien herzustellen. Spaak hat zu einer solchen Auffassung umso eher eine Berechtigung, als er besser als andere weiß, dass die Ablehnung der EVG in der sozialistischen Partei weit stärker war als die Gruppe von rund ein Viertel der sozialistischen Abgeordneten und Senatoren, die gegen den Vertrag stimmten, und dass zwei im Vertrag vorgesehene Maßnahmen: die Unterstellung einer belgischen Division unter deutsches Kommando und die Garnisonierung deutscher Truppen in Belgien bei der Arbeiterbevölkerung auf stärksten Widerstand gestoßen wären.

Der Senatsausschuß für Auswärtige Angelegenheiten, vor dem Spaak in über zweistündiger Rede den Brüsseler Reinfall zu erklären hatte, fasste denn auch keineswegs einen Beschluß, der das Eintreten Spaaks für die EVG auf der Konferenz billigte, sondern griff das alte Projekt wieder auf, das auch der jetzige sozialistische Außenhandelsminister Larok seinerzeit als Chefredakteur des sozialistischen Zentralorgans "Le Peuple" gegen Spaak verfochten hatte, nämlich "eine kontrollierte Wiederbewaffnung Westdeutschlands mit gegenseitigen Garantien im Rahmen der NATO". Diese Lösung wurde Spaak als zukünftige Linie der belgischen Rüstungspolitik empfohlen. Sie scheint auch dem englischen Außenminister Eden bei seinem Besuch in Brüssel vorgetragen worden zu sein.

Dieser Besuch Edens kam den belgischen außenpolitischen Kreisen sichtlich sehr gelegen. Er verwischte den faden Nachgeschmack, den der Fehlschlag der Brüsseler Konferenz hinterlassen hatte, und er entthob Spaak der Notwendigkeit, seine bittere und erfolglose Vermittlerrolle weiterzuspielen. Spaak äußerte zur Presse erleichtert, dass nunmehr die führende Rolle in den Verhandlungen auf England übergegangen sei,

und dass die endgültige Entscheidung der NATO zustünde. Das offizielle Kommuniqué betont, dass eine "völlige Übereinstimmung über das anzustrebende Ziel erreicht" sei, gleichzeitig jedoch auch, dass verschiedene Ideen geäußert worden seien, deren weitere Prüfung auf diplomatischem Wege erfolgen werde. In der Praxis dürfte das nach Ansicht maßgebender belgischer und holländischer politischer Kreise bedeuten, dass man von festen Vorschlägen noch weit entfernt ist. Aber die Tendenz - die übrigens nicht neu ist - ist bei Benelux sichtlich die, über die NATO das zu erreichen, was über die EVG nicht gelang, nämlich eine feste, verpflichtende Teilnahme Englands an der Verteidigung auch der ersten Linie. Und nicht nur mit Kommandostäben, sondern auch mit Soldaten.

Diese Tendenz kommt in den Pressekommentaren nach dem Edenbesuch ebenfalls klar zum Ausdruck. Und wenn nach der zweiten Station Edens, Bonn, Reuter den Versuchsballon loslässt, die Bundesrepublik zum Teilnehmer des britisch-französisch-belgisch-holländischen Verteidigungspaktes von 1948 zu machen, so klingt das - so paradox es auch in Wirklichkeit ist, die Bundesrepublik als Mitglied eines gegen die Wiederholung Hitlerscher Abenteuer geschlossenen Verteidigungspaktes in Belgien und Holland sicherlich anheimelnd. Der sogenannte "Brüsseler Pakt" bildete gewissermaßen die Fortsetzung der Kriegsallianz, er reihte Belgien und Holland in eine feste Front mit England und Frankreich ein, statt die beiden Länder in eine zweifelhafte Neutralität zurückzustoßen, er ist bis heute populärer geblieben als es je der EVG-Vertrag war. Noch auf dem letztjährigen Parteikongress der Sozialisten wurde auf ihn als die Brücke, die Kluft zwischen EVG Gegnern und Anhängern zu überbrücken, hingewiesen. Die Frage für die Bundesrepublik dürfte nur sein, ob die völlige Souveränität und Gleichberechtigung mit nationaler Armee, die der Brüsseler Pakt seinen Mitgliedern brachte, nun auch der Bundesrepublik und Italien uneingeschränkt zugestanden werden. Wird Paris die angelsächsische Führung, die der Brüsseler Pakt beinhaltet, ebenso annehmen, wie es die Beneluxstaaten tun?

Auf jeden Fall hat der Besuch Edens in Brüssel, psychologisch gesehen, die EVG zum zweiten Mal begraben. Spaak hat das sichtlich begriffen - eigentlich sollte es sogar ein gewisser älterer Herr in Bonn einsehen.

Verstaubtes Pathos der DP-"Patrioten"

-tt- Herr Dr. von Merkatz, seines Zeichens Fraktionsvorsitzender der Deutschen Partei, kann ohne Umschweife als der im Bundestag wohl typischste Vertreter des sogenannten national-konservativen Bürgertums angesprochen werden, das mit seinem gesamten geistigen Habitus noch vollauf in der deutschnationalen Welt verwurzelt ist. Wann immer Herr von Merkatz im Bundestag spricht, dann verirrt sich der im beruflichen Leben sonst so klare Jurist in ein abgestandenes Pathos, das von höchst peinlicher Muffigkeit ist, wenn er selbst wahrscheinlich auch ernsthaft meint, er verströme sein Herz in dieses plüschene Wortgeklänge, das nicht nur der jüngeren Generation, sondern allen Menschen in der Seele zuwider ist, die in der Kriegs- und Nachkriegszeit nüchtern und skeptisch geworden sind.

Mit diesem furchtbaren Pathos, dem man nur Resignation entgegensetzen kann, vertrat Herr Dr. von Merkatz in der Johndebatte des Bundestages die Meinung, die er als die eines "Patrioten" deklarierte, man müsse im Verhältnis zu der Sowjetzone mit der "feigen Klugheit der Elastizität" Schluß machen, denn es dürfe mit den Menschen, die an der Unterdrückung der Zonenbewohner schuldig seien, keine Kontakte geben. Wie es überhaupt keine Kompromisse in diesem "verfaulten Jahrhundert menschlicher Selbstüberhebung" geben dürfe: "Die Weltenuhr sei gestellt!"

Man wird uns zugeben müssen, dass die Aufnahmefähigkeit der Menschen des Jahres 1954 für einen derart pathetischen Wortschwall praktisch mit Null zu veranschlagen ist. Ins allgemein Verständliche übersetzt, wollte Herr von Merkatz sagen, dass seiner Meinung nach jede Verbindungsaufnahme zu führenden und für die Zustände in der sowjetisch besetzten Zone Deutschlands verantwortlichen Männern unzulässig sei.

Dieser aus der nationalen Kreuzfahrer-Einstellung geborenen Forderung wird man zunächst die Tatsache entgegenhalten müssen, dass seit Jahr und Tag sogar recht erhebliche Kontakte zwischen Vertretern der Bundesrepublik und Vertretern der Sowjetzonenverwaltung bestehen,

wobei nur an den Interzonenhandel zu erinnern wäre. Würde die kompromißfeindliche Kreuzritter-These des Herrn von Merkatz Allgemeingültigkeit erlangen, gäbe es morgen keinen Interzonenhandel mehr, müßte der Interzonenverkehr eingestellt werden und drohte allen sonstigen West-Mitteldeutschland-Verbindungen auf kulturellem und kirchlichem Gebiet ein rasches Ende. Der "Patriot" von Merkatz ließe also mit seiner Kreuzritterei gegen die "feige Klugheit der Elastizität" eine Mauer zwischen West- und Mitteldeutschland erstehen, gegen die der Eiserne Vorhang, den wir uns bisher so eifrig zu durchlöchern bemühten, eine Bagatelle sein müßte. Allerdings säße dann diese merkwürdige Art von "Patrioten" innerhalb ihrer engen Bundesrepublik, eifrig bemüht, gegen die selbsterrichtete Mauer an der Zonengrenze mit vielleicht dann klirrendem Pathos anzureden. Aber sie hätten das "verfaulte Jahrhundert menschlicher Selbstüberhebung" in die Schranken gefordert - "Patrioten" mit verstellter Weltenuhr.

Nun, Herr Dr. von Merkatz ist nicht Westdeutschland. Unsere Landsleute in Mitteldeutschland können unbesorgt sein. Die Nicht-Pathetiker unter den westdeutschen Politikern, Wirtschaftlern, Sportlern, Kulturträgern und Kirchenmännern verfügen über die notwendige kluge Elastizität und Beweglichkeit, die es ihnen bei aller unangekränkelten und krisenfesten Selbstverständlichkeit der antikommunistischen Einstellung und Haltung ermöglicht, in sorgfältiger und planmäßiger Kontaktherstellung die Verbindung zwischen West- und Mitteldeutschland nicht nur nicht abreißen zu lassen, sondern sie Schritt für Schritt zu festigen, zu verstärken und zu verdichten. Denn sie alle und die weitaus überwiegende Mehrheit der westdeutschen Bevölkerung denkt nicht daran, zugunsten einer verstaubt nationalen, kreuzritterhaften Kompromißlosigkeit auf die praktische Arbeit für die Vorbereitung der Wiedervereinigung zu verzichten. Für diese praktisch gesamtdeutsche Arbeit lassen sich die Kärner an der deutschen Einheit von den "Patrioten" der Deutschen Partei ruhig und ungekränkt beschimpfen und diffamieren. Denn das Pathos dieser "Patrioten" ist zu verstaubt.

+

+

+

Jetzt müssen die Renten erhöht werden

Von Prof. Ernst Schellenberg, M.d.B.

Der SPD-Antrag, dass an alle Rentner am 1. Oktober eine Sonderzulage in Höhe einer Monatsrente gewährt werden soll, hat nun endlich die Bundesregierung und die Koalition in Bewegung gebracht. Nachdem der SPD-Antrag am 1. September eingebracht wurde, hat sich das Bundeskabinett mit dem seit Jahresfrist versprochenen Gesetzentwurf über die Altrentenerhöhung beschäftigt. Die Beschlussfassung hierüber wurde aber wegen grundsätzlicher Meinungsverschiedenheiten vertagt. Da offenbar mit längeren Beratungen zwischen den einzelnen Ministerien gerechnet wurde, kündigte die Regierung sogenannte Sofortmaßnahmen an, über die aber erst noch weitere Ressortbesprechungen stattfinden sollten.

Nachdem aber die SPD durchgesetzt hatte, dass ihr Antrag auf Gewährung der Sonderzulage an alle Rentner in der nächsten Woche im Bundestag zur Beratung kommt, ergab sich für die Regierungskoalition eine peinliche Lage. Deshalb hat die Bundesregierung am Mittwoch, dem 15. September ihren am Tage vorher gefassten Beschluß umgestoßen und im Eiltempo den Gesetzentwurf auf die Altrentenerhöhung verabschiedet. Die Regierungsparteien, die sich noch gestern über das Altrentengesetz uneinig waren, brachten jetzt unter dem Eindruck des SPD-Antrages auf Sonderzulage die Regierungsvorlage als Initiativ-Antrag im Bundestag ein. Hierdurch soll erreicht werden, dass die Regierungsvorlage im Bundestag nicht später als der SPD-Antrag beraten wird.

Nach Auffassung der SPD muß ihr Antrag auf Gewährung einer Sonderzulage an alle Rentner unabhängig von dem Gesetzentwurf der Regierungskoalition über Altrentenerhöhung verabschiedet werden, das deshalb, weil die Sonderzulage für die zurückliegende Zeit gelten soll, für die eine Rentenerhöhung zwar zugesagt, aber nicht gewährt wurde.

Nach den vielfachen Ankündigungen des Bundesarbeitsministers sollte die sogenannte Altrentenerhöhung eine Anpassung der Renten an die veränderte Kaufkraft bringen. Wer früher Beiträge in Goldmark oder Rentenmark geleistet hat, sollte jetzt dafür einen Gegen-

wert erhalten, der die gegenüber den früheren Zeiten völlig veränderten Preisverhältnisse berücksichtigt. Der jetzt vorgelegte Gesetzentwurf sieht vor, dass die Steigerungsbeträge aus Beitragszeiten bis 1923 in der Rentenversicherung der Arbeiter um 80 %, in der Angestelltenversicherung um 120 %, in der Knappschaftsversicherung um 40 %, sowie aus Beitragszeiten von 1924 bis Ende 1938 in der Rentenversicherung der Arbeiter um 40 %, der Angestelltenversicherung um 60 % und in der Knappschaftsversicherung um 20 % erhöht wird. Die unterschiedliche Erhöhung für Arbeiter, Angestellte und Bergleute wird von der Regierung mit den unterschiedlichen Steigerungsbeträgen in den verschiedenen Versicherungszweigen begründet. Wenn aber in der Angestelltenversicherung die dort niedrigeren Steigerungsbeträge stärker erhöht werden sollen, dann müssten folgerichtig in der Rentenversicherung der Arbeiter die in diesem Versicherungszweig niedrigeren Grundbeträge der Renten ebenfalls entsprechend erhöht werden. Das ist aber im Gesetzentwurf nicht vorgesehen.

Schwerste soziale Mängel weist der Gesetzentwurf der Regierungskoalition deshalb auf, weil von der Rentenerhöhung alle Versicherten unter 65 Jahre, alle Witwen unter 60 Jahre und alle Waisen ausgeschlossen sind, auch wenn die Versicherten viele Beiträge in Gold und Rentenmark gezahlt haben. Damit wird z.B. allen invaliden- und berufs-unfähigen Rentnern, u.a. auch vielen Kriegsbeschädigten ohne jede sachliche Begründung eine Anpassung der Renten an die veränderten Preisverhältnisse vorenthalten. Nach dem gegenwärtigen Gesetzentwurf werden von den über 6 Millionen Rentnern fast drei Millionen Rentner keine Rentenerhöhung erhalten.

Ursprünglich hat der Bundesarbeitsminister eine Erhöhung von durchschnittlich 30,--DM monatlich je Rentner angekündigt. Nach dem Gesetzentwurf ergibt sich aber für die Gesamtheit der sechs Millionen Rentner im Durchschnitt nur eine Erhöhung von 10,--DM monatlich. Dabei treten erhebliche Unterschiede für die einzelnen Rentner ein. Während etwa die Hälfte aller Rentner keine Erhöhung erhält, schwankt die Erhöhung für die anderen Rentner zwischen 1,--DM und 30,--DM im Monat.

Ohne Rentenerhöhung sollen auch die Versicherten in der Handwerkerversicherung, selbst wenn sie über 65 Jahre alt sind, bleiben, weil die Handwerkerversicherung erst am 1. Januar 1939 eingeführt wurde und Mehrbeträge nur für frühere Jahre gewährt werden.

Leider wird das lang erwartete Gesetz über die Rentenerhöhung für sehr viele Rentner eine schwere Enttäuschung bringen, sofern die Abänderungsanträge, die die SPD zu diesem Gesetz stellt, eine Mehrheit im Bundestag nicht findet.